

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Eberhard Brecht MdB
zum Jugoslawien-Konflikt:
Befriedung muß Aufgabe der UNO
bleiben.

Seite 1

Werner Schuster MdB
zur geplanten Gesundheitsreform:
Immer höhere Belastungen der
Beitragszahler für wenig wirksame
Maßnahmen.

Seite 3

Gudrun Schaich-Walch
MdB zur Drogenpolitik
der Bundesregierung:
Kein Ausstieg aus der
erfolglosen Drogenpolitik
in Sicht.

Seite 4

47. Jahrgang / 139

23. Juli 1992

Befriedung Jugoslawiens muß Aufgabe der UNO werden

SPD setzt auf weitere UN-Optionen

Von Dr. Eberhard Brecht MdB

Nur allzudem gibt man sich der Illusion hin, daß ein bösartiger Tumor, der vom Chirurgen des örtlichen Krankenhauses als inoperabel bezeichnet wird, durch den Chefarzt einer Uni-Klinik wirksam zu bekämpfen sei. In Analogie, daß das Morden und Vertreiben in Bosnien-Herzegowina durch eine geniale Operation sofort gestoppt werden kann. Ähnlich wie bei bösartigen Geschwulsten sind die Fronten in Bosnien-Herzegowina aber ausgefranst und disparat, so daß sich Lösungen durch das Skalpell verbieten. Zusätzlich sind unsere Handlungsspielräume für eine Konfliktbewältigung sowohl durch deutsche Verbrechen auf dem Balkan während des zweiten Weltkrieges als auch durch die Grundgesetzlage begrenzt.

Nun hat sich die Bundesregierung - vor allem von der WEU und deren Petersberger Erklärung getrieben - mit deutschen Soldaten an der Mächtdemonstration in der Adria beteiligt. Auch wenn es keine ausdrückliche Aufforderung der Vereinten Nation für die Beobachterfunktion gab, so läßt sich diese Aktion - als dem Geist der Forderung Nr. 14 der Resolution 757 des Sicherheitsrates entsprechend - völkerrechtlich noch legitimieren. Erlaubt sei aber die Frage nach dem Sinn dieser Aktion. Glaubt die Bundesregierung tatsächlich daran, daß die laufende Demonstration der Marine und der Luftwaffe auf die um Sarajewo, Gorazde oder Bihac operierenden irregulären Truppen Eindruck macht? Oder erwartet die Bundesregierung tatsächlich zusätzliche Erkenntnisse durch die "Bayern", die nicht ohnehin durch Satelliten zu gewinnen sind? In Abwägung des fragwürdigen Nutzens der Aktion mit den rechtlichen Problemen eines militärischen Bundeswehreinsetzes Out-of-Treaty und mit dem verbleibenden Risiko für die beteiligten Soldaten kann ich den deutschen Monitoring-Einsatz in der Adria nur als unsinnig bezeichnen.

Vermutlich will man der deutschen Öffentlichkeit mit dem geöffneten Skalpell in der Hand demonstrieren, daß die Bundesregierung im Verband der NATO oder WEU zu einer konfliktlösenden Superoperation bereit wäre und legitimiert sei, während die Opposition einschließlich einiger FDP-Politiker mit ihren nörgelnden Rechtsbedenken ein Weitertöten in Bosnien-Herzegowina ermöglichen. In diesem Tenor glaubte sich leider der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion äußern zu müssen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahaar 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Versäufte Umwelt
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Es ist menschlich verständlich, wenn angesichts der erschütternden Bilder aus Bosnien die Menschen hier immer lauter nach einem Eingreifen verlangen. Aber jeder Politiker handelt verantwortungslos, wenn er der Öffentlichkeit einredet, es gäbe eine schnelle und schmerzlose Lösung für den Krieg auf dem Balkan und er kenne sie. Militärische Maßnahmen der UNO nach Kapitel VII, Artikel 42, der Charta der VN sollten nicht beschlossen werden. Die Vorstellung, mit Landtruppen den Frieden erzwingen zu können, ist aberwitzig. Ebenso ist der Erfolg reiner Luftangriffe zweifelhaft. Auch die von Bosniern immer wieder geforderten Waffenlieferungen sind konsequent abzulehnen. Das wäre nur die Rückkehr zur klassischen Bündnispolitik und Kriegsführung, indem man eine Partei aufrüstet und auf ihren Sieg setzt. Die UNO verliere damit ihre eigentlich Aufgabe.

Forum und Organ einer Weltinnenpolitik könnten und sollten nach sozialdemokratischem Verständnis die Vereinten Nationen sein. Umso mehr den Vereinten Nationen diese Funktion - einschließlich des Gewaltmonopols - zugestanden wird, umso eher werden auch die Sozialdemokraten bereit sein, einer deutschen Beteiligung an friedens erzwingenden Maßnahmen als äußerstes Mittel zuzustimmen.

In der Konsequenz eines Primats der Weltorganisation bei der Befriedung des früheren Jugoslawiens hat die SPD-Bundestagsfraktion alle darauf gerichteten UN-Aktionen begrüßt und unterstützt.

Die UNO hat es zunächst der EG überlassen, eine regionale Konfliktlösung mit nichtmilitärischen Mitteln im Sinne des Artikels 33 der UNO-Charta herbeizuführen. Dem Prinzip der sukzessiven Steigerung des Mitteleinsatzes folgend hat die UNO im September '91 eine Waffenembargo für ganz Jugoslawien beschlossen. Nach langwierigen Verhandlungen und immer wieder gebrochenen Waffenstillständen konnten schließlich aufgrund der SR-Resolution 743 vom 21. Februar 1992 14.000 Blauhelme nach Kroatien (Vukovar, Westslawonien, Krajina) entsandt werden, um dort für die Einhaltung des Waffenstillstands und der Menschenrechte zu sorgen. Schließlich wurden auch UNPROFOR-Blauhelme nach Sarajewo zurückverlegt, um die notleidende Bevölkerung der Stadt mit dem Nötigsten zu versorgen. Man muß der UNO und den beteiligten Soldaten angesichts der nach wie vor gefährlichen Situation in Sarajewo hohe Anerkennung für ihre Leistungen zollen. Auch wenn niemand mit der derzeit herrschenden Situation zufrieden sein kann, so bleibt doch festzuhalten, daß die meisten Bewohner von Sarajewo ohne den Schutz der Hilfsaktionen durch die UNO-Truppen vermutlich längst von serbischen Freischärlern und Soldaten ausgehungert worden wäre.

Auf der Linie der bisher erfolgten UNO-Beschlüsse und Aktionen sind nun weitere Maßnahmen ins Auge zu fassen:

1. Die Europäische Gemeinschaft sollte den Anrainerstaaten von Restjugoslawien, die durch das Wirtschaftsembargo schwere wirtschaftliche Einbußen hinnehmen müssen, materielle Hilfe anbieten. Die Durchsetzung von Sanktionen ist eben auch durch positive Maßnahmen zu fördern. Sie sind im Übrigen allemal leichter zu realisieren als Zwangsmaßnahmen.
2. Die Bundesregierung müßte dafür sorgen, daß der Sanktionsausschuß der UNO in New York sich endlich mit den Embargoverletzungen durch Rußland, Rumänien und möglicherweise Griechenland befaßt. Bisher ist das unverständlicherweise nicht geschehen.
3. Falls sich die Verletzungen des UN-Wirtschaftsembargos bestätigen, sollte der UNO-SR eine weitere Resolution verabschieden, die in Ergänzung zur Resolution 757 ein Monitoring zur Einhaltung des Embargos durch Blauhelme vorsieht. Diese Blauhelmsoldaten sollten an den Knotenpunkten des wirtschaftlichen Verkehrs beziehungsweise an jenen Grenzübergängen zu Serbien wirtschaftlichen Ver- Embargoverstöße beobachtet werden. Dieser neuartige Einsatz der Blauhelme könnte leichter zustande kommen, da eine Zustimmung der Bürgerkriegsparteien dafür nicht nötig ist.
4. Wenn die unter 1.-3. genannten Maßnahmen nicht ausreichen, muß auch eine See- und Landblockade nach Artikel 41 ins Auge gefaßt werden. Sie kann und darf allein der Weltsicherheitsrat beschließen. Eine Beteiligung deutscher Soldaten daran verbietet sich allerdings aus historischen und verfassungsrechtlichen Gründen.
5. Die Bundesregierung sollte mit den anderen EG-Staaten die Initiative zum Ausschluß Jugoslawiens aus der UNO ergreifen. Die Charta bietet dafür zwei Möglichkeiten: Einmal können einem Mitglied die Ausübung der Rechte aus seiner Mitgliedschaft zeitweilig entzogen werden, gegen das der Sicherheitsrat Zwangsmaßnahmen beschlossen hat (Artikel 5). Zum anderen kann ein Mitglied der VN auf Empfehlung des SR durch die Generalversammlung aus der Organisation ausgeschlossen werden, wenn es gegen die Regeln der Charta verstößt (Artikel 6). Ein zeitweiser Ausschluß von Serbien-Montenegro

könnte weltweit unmißverständlich deutlich machen, daß die Völkergemeinschaft nicht länger gewillt ist, einem Mitglied weiterhin Mitwirkungsrechte einzuräumen, das die Prinzipien der Charta und der Menschenrechte mit Füßen tritt.

6. Die UNO sollte die Anwendung der Bestimmungen der Völkermordkonvention vorbereiten, damit die Verantwortlichen für Vertreibung und Massenmord auch persönlich zur Verantwortung gezogen werden.

Das Instrumentarium der UNO zur Beilegung des Jugoslawienkonflikts ist also keineswegs erschöpft. In Verbindung mit den von der EG geleiteten Friedensverhandlungen könnten seine Anwendung den Krieg eindämmen und beenden helfen. Die Kriegsmüdigkeit der serbischen Bevölkerung ist ein erster Hinweis dafür, daß die Macht der für die Fortsetzung des Kriegs verantwortlichen Politikern in Belgrad begrenzt ist.

(-/23. Juli 1992/rs/fr)

Immer höhere Belastung der Beitragszahler für wenig wirksame Maßnahmen

Von Dr. R. Werner Schuster MdB

Entgegen der bekannten Volkswisheit kehren neue Besen durchaus nicht immer gut. Zumindest dem neuen Gesundheitsminister in Bonn, mit vielen Vorschußlorbeeren bedacht, ist zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen nichts besseres eingefallen als seiner Vorgängerin Hasselfeldt und seinem Vorgänger Blüm auch: Horst Seehofer (CSU) will die Versicherten erneut zur Kasse bitten, die seit der "Gesundheitsreform" 1989 ohnehin schon mit sieben Milliarden zusätzlich belastet werden!

Diese sozial ungerechte und bereits in der Vergangenheit wenig wirksame Politik soll nach den Plänen von CDU/CSU und FDP zu einem "Gesundheitsstrukturgesetz" auch in Zukunft fortgesetzt werden. Spürbare neue Belastungen der Kranken

- durch jährliche Erhöhung aller Selbstbeteiligungen im Krankheitsfall;
- durch Anhebung und weitere Ausdehnung der Gebühren für verordnete Arzneimittel;
- durch eine drastische Erhöhung des Patientenanteils an den Krankenhauskosten;
- durch eine Erhöhung des Patientenanteils an den Kosten des Zahnersatzes - herbeigeführt durch eine willkürliche Aufspaltung in Regel- und Wahlleistungen

führen zu weiteren finanziellen Opfern von über drei Milliarden im Jahr. Ab 1993 will die Regierungskoalition die Kranken also jährlich mit insgesamt zehn Milliarden zur Ader lassen!

Dennoch zeichnen sich für die Jahre 1992 und 1993 Defizite in zweistelliger Milliardenhöhe ab, die das Scheitern dieser einseitigen Politik zu Lasten der Versicherten dokumentieren. Dringend erforderliche Strukturreformen wie

- eine Organisationsreform der Gesetzlichen Krankerversicherung;
- die Neuordnung des Arzneimittelmarktes;
- die Bindung der Honorare an Wirtschaftlichkeitsgrundsätze;
- eine Reform der Krankenhausfinanzierung (zum Beispiel Abschaffung des dualen Finanzierungssystems),

die die SPD seit langem fordert, werden erneut nicht in Angriff genommen. Würde das geplante "Gesundheitsstrukturgesetz" von CDU/CSU und FDP Wirklichkeit, wäre die nächste Sparoperation daher bereits für 1995 unausweichlich.

(-/23. Juli 1992/rs/fr)

Kein Ausstieg aus der erfolglosen Drogenpolitik in Sicht
Zu den Leitlinien der Bundesregierung in der Drogenpolitik "Ausstieg ist besser als Umstieg"

Von Gudrun Schalch-Walch MdB

Nun haben wir es wieder schwarz auf weiß: Es soll sich nichts ändern in der Drogenpolitik der Bundesregierung.

Auf der einen Seite stellt Bundesminister Seehofer wichtige und richtige Forderungen auf, wie die Verbesserung der Prävention und den Ausbau der Therapieangebote. Allerdings macht er keine Vorschläge, wie die Länder, aus deren Kassen dies bezahlt werden soll, die Angebote finanzieren können. Da sind keine Vorschläge zur Unterstützung von Seiten des Bundes zu sehen.

Für den Bereich der weiteren Angebote der Drogenhilfe drückt sich Minister Seehofer vor besseren Erkenntnissen. So ist das Kapitel über die Substitution mit der markigen Überschrift "Ausstieg ist besser als Umstieg" immer noch von eklatanten Fehleinschätzungen geleitet. Da wird die Lebenswirklichkeit der Drogenabhängigen einfach zugunsten einer Heilen-Welt-Lebensphilosophie ignoriert, die schon bisher das Drogenelend begünstigt hat.

Der Bundesminister will Substitution nach wie vor nur in eng begrenzten Fällen zulassen. Substitution wirkt in diesem System nicht als Therapiemöglichkeit für die Drogenabhängigen selbst, sondern dient ausschließlich dem Schutz Dritter. Damit bleibt es bei der katastrophalen Handhabung, daß nur diejenigen, die schon todkrank, weiß HIV-infiziert, die Ersatzdroge ausgehändigt bekommen, um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern. Zynisch ist es ebenfalls einer schwangeren Heroinabhängigen Methadon nur bis zum Zeitpunkt der Entbindung zu geben, um sie danach wie der der Nadel zu überlassen.

Die Regierung muß endlich einsehen, daß vielen Drogenabhängigen nur über den Weg der Substitution ein drogenfreies Leben ermöglicht werden kann, weil:

- sie damit generell erst einmal überleben,
- sie damit Wartezeiten auf einen erhofften Therapieplatz überbrücken können,
- sie damit den Kopf frei bekommen können für eine eigenverantwortliche Entscheidung.

So unschön es auch sein mag, dürfen wir jedoch auch die Augen nicht davor verschließen, daß es unabhängig von unseren Anstrengungen immer Menschen geben wird, die die Droge brauchen und nicht davon loskommen. Auch ihnen muß man die Möglichkeit der gesellschaftlichen Integration über die Ersatzdroge Methadon bieten.

Langjährige Erfahrungen in den USA und in den Niederlanden beweisen, daß die Methadonbehandlung als eigenständige Behandlungsmöglichkeit neben Therapie große Erfolge sowohl für die Süchtigen (soziale Rehabilitation, gesundheitliche Stabilisierung) als auch für die Gesellschaft (Abnahme der Kriminalität, Minderung der Gefahr von AIDS, Infektionen, Verkleinerung der offenen Drogenszene) bringt. Diese Erfolge müssen endlich zur Kenntnis genommen werden.

Um die verheerenden Auswirkungen der Illegalität für die Drogenabhängigen und die Bevölkerung in den Städten zu beenden fordert die SPD-Bundestagsfraktion Sofortmaßnahmen, die den drei folgenden Zielen dienen sollen:

1. Sicherung des Überlebens der Abhängigen
2. Sicherung des gesunden Überlebens der Abhängigen
3. Sicherung der sozialen Umgebung gegen Beeinträchtigungen.

Diese Ziele können durch folgende Schritte erreicht werden, die wir bei der vergangenen Novellierung des Betäubungsmittelgesetzes mit einem Antrag eingebracht haben:

1. Klare Regelung der Substitutionsbehandlung, Spritzenvergabe und Einrichtung von Gesundheitsräumen
2. Klare Regelung zur Entkriminalisierung der Drogengebraucherinnen und Drogengebraucher durch Straffreiheit des Besitzers von kleinen Mengen Betäubungsmitteln zum Eigenverbrauch
3. Erleichterung der Strafaussetzung zur Bewährung
4. Erweiterung der Möglichkeit, die Strafvollstreckung für Behandlungswillige zurückzustellen
5. Anerkennung niedrigschwelliger Angebote im Rahmen der Strafaussetzung
6. Ermöglichung der Erforschung der Behandlung mit Originalpräparaten

(-/23. Juli 1992/rs/fr)